Energiepolitische Impulse zur Nachhaltigkeit

Impulse für AG 1 und AG 3 des Energiegipfels, Januar 2007

Die folgenden Impulse zu Nachhaltigkeit und Energie greifen aktuell in den Arbeitsgruppen diskutierte Themen zur internationalen Dimension sowie zu Energieeffizienz und Energieforschung auf. Sie knüpfen an die mündlichen Ausführungen von

- **Prof. Dr. Klaus Töpfer** (AG 1 Internationale Energie- und Klimapolitik) und
- **Dr. Volker Hauff** (AG 3 Energieeffizienz und -forschung)

sowie an die im Juni 2006 vorgelegten umfassenden Positionspapiere an.

Vorbildfunktion

Die für Deutschlands und für die EU in Anspruch genommene Vorbildfunktion für den Klimaschutz ist richtig. Aber sie muss stärker als bisher mit konkreten Maßstäben für das staatliche Handeln und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen unterlegt werden.

- Programm – Management
    - Die Schaffung eines Programm-Managements mit quantifizierten Instrumenten zu Energieeffizienz und Emissionsminderung ist unumgänglich notwendig, weil nur das wirklich zu managen ist, was auch messbar gemacht wird. Seine wesentlichen Elemente wären: Quantifizierte Ziele und Indikatoren, Definition der Daten und Berichtszeiträume, Controlling der Beiträge einzelner Projekte, Bilanzierung der eingesparten CO2-Tonnen als Maßstab für das Ziel zur verdoppelten Energieproduktivität 2020.
    - Nur mit einem Programm-Management kann erfasst werden, ob die laufenden und geplanten Effizienzmaßnahmen für die Zielvorgabe bis 2020 ausreichen und entschieden werden, ob nachgesteuert werden muss. Die Bundesregierung könnte mit einem Bericht zur Energieeffizienz ihrer eigenen Liegenschaften Maßstäbe für öffentliches und privates Handeln legen.
    - Die Chance des Energiegipfels ist es, über das allein staatliche Handeln hinweg einen Ansatz zu finden, der die Wirtschaft und Zivilgesellschaft einbezieht. Gemeinsame Verantwortung braucht differenziertes Management. Auch deshalb ist ein Programm-Management unabdingbar.
    - Dieser mündlich im 2. Energiegipfel vorgetragene Vorschlag hat dort die offensichtliche Zustimmung der Bundeskanzlerin gefunden. Ein umsetzungsorientiertes Aufgreifen des Vorschlages ist allerdings bisher uns gegenüber nicht thematisiert worden.
- Selbstkritischer Bezug zur IST-Situation in der EU

Die Zunahme der CO2-Emissionen 2004 im Vergleich zu 1990 auf 141% in EU-12 steht dem Vorbild-Anspruch und dem 8% - Minderungsziel der EU diametral entgegen. Während der der EU-Präsidentschaft Deutschlands liegt die Beschlussfassung über Ziele für weitergehende Klimamaßnahmen an.

- Aktuell diskutierte, neue EU-Maßnahmen müssen anhand von Zwischenzielen, Daten und Verpflichtungen klar aufzeigen, wie und womit eine weitergehende Zielerreichung gewährleistet werden soll.

- Es ist unverständlich, wenn der Europäische Aktionsplan für Europa sowohl das Ziel von 20 als auch von 30% Reduktionsminderung zur Diskussion stellt. Offenbar wird beides für sachlich möglich gehalten. Das legt den Schluss nahe, dass man bei dieser Aussicht auch gleich die ambitioniertere Zielstellung einschlagen kann.

Wettbewerbsfähigkeit durch Wachstumsdynamik der REN

Den Standortwettbewerb der Zukunft gewinnt nur dasjenige Land, das am schnellsten unabhängig von fossilen Energieträgern Gas und Öl wird und die Nutzung der fossilen Energieträger von der CO2-Belastung abkoppelt. Auch wenn der Weg weit erscheint, werden ihn früher oder später alle Gesellschaften gehen.

Ein überdurchschnittliches Wachstum der REN (REN = renewable energies) im Vergleich zum Energieverbrauch muss sein, um die höhere Wachstumsdynamik von Schwellenländern zu kompensieren. Ein weiterer Grund ist die für Europa steigende Abhängigkeit von Öl und Gas und die weltweite Verteuerung dieser fossilen Ressourcen. Der Öl- und Gas-Engpass wird in Zukunft für Europa noch größer, weil die Schwellenländer dynamischer wachsen als Europa und sich „Regionalkartelle der billigen Öl- und Gasressourcen“ bilden.

- Wirtschaftlich dauerhaft erfolgreich wird nur das Land sein, das es schafft, dass seine Märkte für erneuerbare Energien überdurchschnittlich schnell wachsen zu lassen und dafür geeignete wirtschaftliche Rahmenbedingungen zu setzen.

CCS und Ordnungspolitik

Der Klimawandel macht aktuell die Entwicklung von CCS – Techniken noch dringender als bisher vorherrschend angenommen. CCS-Techniken werden auf jeden Fall erforderlich; und um so mehr, wenn der Ausstieg aus der Kernenergie kompensiert werden muss. Die CCS-Aktivitäten von Politik und Wirtschaft Deutschlands sind zu zögerlich im Vergleich vor allem zu den USA.

- Das von der Bundesregierung gemeinsam mit der Wirtschaft entwickelte Förderprogramm COORETEC muss finanziell ausgeweitet werden

- Das Ziel der EU, bis 2020 CCS-Techniken zum Standard für fossile Kraftwerke zu machen, muss ordnungspolitisch unterlegt werden.

Forschung

Die CO2-Problematik wird immer brisanter, sowohl wirtschaftlich als auch politisch. Die Forschungsstrategien müssen erheblich nachziehen. Die Energieforschung und die energieorientierte Hightechstrategie der Bundesregierung setzen richtige Orientierungen. Diese müssen jedoch ausgeweitet und vor allem beschleunigt werden.

Angesichts der Prognose, dass zukünftig zwei Drittel der globalen CO2-Emissionen aus USA, China und Indien kommen, stellen sich neue Anforderungen an die Emissionsreduzierung und die gleichzeitige Gewährung von Zugang zu Energien, Anpassungsstrategien und an die Entwicklung von neuen Technologien.

- Die CCS-Forschung muss intensiviert werden.
- Forschungsstrategien sollen Kompetenz-Cluster aufbauen zur Erforschung von Techniken und sozialen Innovationen insbesondere zur Energieeffizienz und zu erneuerbaren Energien
- Forschungsstrategien zur Effizienz müssen systemischer als bisher alle Bereiche der technischen Forschung durchdringen. Schon für die Phase der technischen Entwicklung und in der Grundlagenforschung sollten Anreize geschaffen werden, um die Energieeffizienz in alle Bereiche einfließen zu lassen. Für die soziale Einbettung der Forschungsergebnisse sind nachfrage-orientierte Politikansätze nötig.
- Effizienzstrategien und neue Technologien müssen dahingehend geprüft werden, dass sie nicht – wie zum Beispiel die nationalen Ausbaupläne zur Biomasse – problematische Stoffströme auslösen.

Internationale Zusammenarbeit

Neben den o.g. Punkten mit Bezug zur internationalen Zusammenarbeit sind ferner folgende Impulse von besonderer Wichtigkeit:

- <u>Impulse für die globale Debatte</u>

  Es ist nötig, die globale Diskussion um Klimaschutz und Energie-Zukunft auszuweiten. Die Sichtweisen aus den Ländern, die vom Klimawandel betroffenen sind, ohne ihn bisher maßgeblich verursacht zu haben, sollen eingeladen werden, in Dialogforen die „gemeinsame, aber unterschiedliche Verantwortung“ im Hinblick auf neue Lösungsansätze zu diskutieren. Dies ist gerade auch deshalb anzubieten, weil die nachholende Industrialisierung viele Schwellenländern in nächster Zukunft von der Rolle des Opfers in die Rolle des Täters wachsen lässt.

  - Die Bundesregierung könnte ein Dialogprogramm auflegen, mit dem entsprechende Angebote und Aktivitäten von Stiftungen, Netzwerken und Initiativen unterstützt werden.

- <u>Nationale Nachhaltigkeitsstrategien</u>

  Bausteine zu einer nachhaltigen Energiepolitik bedürfen eines konzeptionellen Rahmens durch nationale Nachhaltigkeitsstrategien. Solche Strategien liegen in ca. 90

Staaten der Welt vor, darunter in vielen Industriestaaten und Schwellenländern.

Um die deutsche Energieaußenpolitik und die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Partnerländern zu stärken, ist ein Instrument erforderlich, das nationale Handlungskompetenz, interne Entscheidungen eines Landes zu seinem Energiemix mit der externen Dimension zusammenführt.

- Nationale Nachhaltigkeitsstrategien bieten hierzu den geeigneten Rahmen.
- Sie sollten als Plattform für neue Initiativen zu erneuerbare Energien in Verbindung mit Armutsbekämpfung und Landnutzung stärker genutzt werden.

- Internationales Benchmark Energieeffizienz

  Die globalen Differenzen der Öl- und Gaspreise bewirken eine Asymmetrie der Energieeffizienz, die dem Klimaschutz entgegen wirkt. Darauf sollte stärker eingegangen werden. Beispielweise wird im Binnenmarkt Russlands Energie aus innenpolitischen Gründen nur zu einem Sechstel des Weltmarktpreises verkauft. Entsprechend unwirtschaftlich erscheinen Maßnahmen zur Energieeffizienz; sie stehen kostengünstigen, marktwirtschaftlichen Lösungen zum Klimaschutz entgegen.

  - In den bi- und multilateralen Energiedialogen sollte auf die Asymmetrie hingewiesen werden. Lösungsansätze und -modelle sollten auch bei der Entwicklung von „Joint-Implementation“-Projekten einbezogen werden.
  - Weil international die nötigen marktwirtschaftlichen Anreize zur Energieeffizienz (noch) ausbleiben, ist auf ein internationales Benchmarking für Energieeffizienz zu drängen, das Kosten und Potenziale der Energieeffizienz aufzeigt.

- Partnerschaften und Partizipation

  Die Bundesregierung sollte neue Wege zur Anregung von Allianzen zu Energieeffizienz und zur beschleunigten Distribution erneuerbarer Energien gehen. Insbesondere kommt es darauf an, einer Vielzahl von Menschen und Einrichtungen größere Chancen zur Mitgestaltung der Energiezukunft zu verschaffen und die in Deutschland erreichten Vorsprünge ins Ausland zu bringen. Die Bundesregierung sollte hierzu Städtepartnerschaften ermuntern und Mittel für einen verstärkten Informations- und Erfahrungsaustausch zur Verfügung stellen.

Ölschäden

Die Umweltwirkungen der Öl- und Gasproduktion und –Verteilung werden in der öffentlichen Diskussion oftmals unzulässig auf die Klima - Aspekte verkürzt. Zwar sind die Klimafolgen dramatisch und sicherlich die global wichtigste ökologische Bedrohung, aber Schäden der Böden und des Grundwassers insbesondere durch Öl- und Gas-Leckagen sind punktuell auch von großer Bedeutung. Ihre Vernachlässigung wäre nicht sachgerecht, zumal Medienmeldungen über Ölschäden in Afrika und insbesondere Nigeria, Sibirien und auf Sachalin, die bei der Produktion von Gas und Öl für europäische Märkte entstehen, nicht abnehmen.

- Die Beseitigung solcher Schäden sollte aktiv von der deutschen Energieaußenpolitik thematisiert werden.

- Deutschlands Kompetenz an Wissen und Technik zur Beseitigung von Kontaminationen von Grundwässern und Böden sollte in die internationale Zusammenarbeit und Energiedialoge eingebracht werden.

Unternehmensverantwortung und nationale Ressourcenkontrolle

Einige global aufgestellte Unternehmen nehmen ihre Unternehmensverantwortung (Corporate Social Responsibility) auch für Klimaschutz und fairen Zugang zu Ressourcen wahr. Das ist gut und sollte weitere Nachahmung finden.

Die Aufgabe der Politik ist es, die Unternehmensverantwortung auch derjenigen staatlichen Öl- und Gaskonzerne mit hoher Ressourcenkontrolle einzufordern, die sich dem internationalen Druck auf Nachhaltigkeit, CSR und Umweltstandards heute oftmals entziehen.

Beauftragter der beiden Ratsmitglieder
für die AG 1 und AG 3:
Dr. Günther Bachmann
Geschäftsstelle des Rates für Nachhaltige Entwicklung
www.nachhaltigkeitsrat.de